

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Einleitung

[urn:nbn:de:bsz:31-244579](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-244579)



Einleitung.

§ 1. Die Arbeiten des Reichstags.

Im Verhältnis zum durchaus mageren Ergebnis des ersten Sessionsabschnittes weist der zweite Abschnitt mehr Resultate auf. Der Etat ist unter Zuhilfenahme von Doppelsitzungen, die sich manchmal bis in die Mitternachtsstunde ausdehnten, rechtzeitig verabschiedet worden; von großen Gesetzen sind das Reichvereinsgesetz und das Börsengesetz zustande gekommen, wobei man freilich von einer eigentlichen Beratung im Plenum des Reichstags nicht mehr sprechen kann, da die Mehrheitsparteien über beide Gesetze feste Kompromisse abgeschlossen hatten, die bei „intimen Dinern“, Soupers oder in geheimer Aussprache mit den leitenden Staatsmännern geschlossen worden sind.

Deshalb wurde von der Mehrheit oft Schluß gemacht, ohne daß die schwer angegriffenen Parteien Gelegenheit hatten, sich zu verteidigen. Das Zentrum stimmte stets gegen eine solche Vergewaltigung. Beim Vereinsgesetz hat der Block im Widerspruch mit dem Sinne der Geschäftsführung nicht einmal die Antragsteller zu Worte kommen lassen; als es sich um die Aufrechthaltung der einzelstaatlichen Freiheiten, die über das Reichsgesetz hinausgehen, handelte, wurde wiederum sofort Schluß beantragt, darunter auch vom Abg. Müller-Meinigen; aber dieser Schlußantrag wurde mit 211 gegen 160 Stimmen abgelehnt; vom Freisinn stimmten diesmal nur Fischbeck, Heckscher und von Payer mit Ja, während selbst dem freisinnigen Antragsteller Müller-Meinigen das Mißgeschick passierte, daß er ungültig abstimmte. Bei der Interpellation über die Gehaltsvorlage wurde der Zentrumsabgeordnete Hameder abgeschnitten, beim Reichskanzler der Abg. Erzberger, der namens der Fraktion über die Vereinigungsfreiheit der Beamten sprechen sollte. Bei der sozialpolitischen Debatte wurden vom Zentrum die Abg. Becker-Arnberg, Fleischer, Wiedeberg u. a. abgeschnitten, die Blockredner aber kamen immer zu Worte.

An kleineren Vorlagen kamen zustande:

Majestätsbeleidigungsgesetz; Reform des Unterstützungswohnitzgesetzes; kleiner Befähigungsnachweis; eine Münznovelle; Kolonial-eisenbahnvorlage; Aenderung der Haftpflicht des Tierhalters; das

Handelsprovisorium mit England; das Scheidgesetz; die Einführung des Postschekverkehrs; Maß- und Gewichtsordnungs; Bogelschutzgesetz; der Versicherungsvertrag usw.

Nicht erledigt wurden: Die Zivilprozessreform; die große Gewerbeordnungsnovelle (Zehnstundentag für Arbeiterinnen); das Hilfskassengesetz, Viehseuchengesetz, Sicherung der Bauforderungen, eine Reihe von bedeutsamen Wahlprüfungskommissionen und viele Petitionen, die infolge der Vertagung im Herbst beraten werden.

Zwei der wichtigsten und dringendsten Materien aber wurden dem Reichstage gar nicht zur Beschlussfassung unterbreitet: die Reichsfinanzreform und die Besoldungsvorlage mit der Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses. Und doch hatte Reichschatzsekretär Frhr. von Stengel am 28. November 1907 bei Unterbreitung des Etats erklärt:

„Das Gesamtbild, das der vorliegende Etat gewährt, und der noch in Aussicht stehende namhafte, noch völlig ungedeckte weitere Ausgabebedarf, den die Besserung der ökonomischen Lage der Reichsbeamten erfordert, reden eine sehr ernste Sprache. Angesichts dieser Sachlage wird wohl niemand behaupten wollen, daß es mit der weiteren Sanierung der Reichsfinanzen keine Eile habe. Die verbündeten Regierungen sind hierüber jedenfalls anderer Ansicht. Sie erachten die Erschließung erhöhter Einnahmequellen nicht nur für notwendig, sondern auch für dringlich und unverschieblich. Die vorbereitenden Arbeiten sind auch schon so weit gediehen, daß die Einbringung der erforderlichen Vorlagen beim Bundesrat in allernächster Zeit wird erfolgen können.“ (60. Sitzung vom 28. Nov. 1907. S. 1867.)

Reichskanzler Fürst Bülow schloß sich diesem an, indem er die Lösung dieser Aufgabe „vor allem für sehr dringlich“ hielt. (62. Sitzung vom 30. Nov. 1907. S. 1937.) Aber gar bald zeigte es sich, daß die neue Mehrheit nicht die Kraft in sich fühlte, um diese unverschiebliche Aufgabe zu lösen, daß sie vielmehr schon bei der bloßen Erörterung der in Betracht kommenden Steuern sich in die Haare geriet. Die Gegensätze milderten sich nicht; da einigte sich der Reichskanzler mit den Mehrheitsparteien auf eine Verschiebung der ganzen Frage nach dem von ihm gegebenen Rezept: „Es müssen solche Fragen zurückgestellt werden, über welche eine Verständigung in absehbarer Zeit nicht möglich erscheint.“ (62. Sitzung vom 30. Nov. 1907. S. 1936.) Reichschatzsekretär Frhr. von Stengel, der bisher im vollen Einverständnis mit dem Reichskanzler das Branntweinmonopol und die Zigarrenbanderolensteuer ausgearbeitet und im Bundesrate eingebracht hatte, konnte es mit seiner Kenntnis der Reichsfinanzen nicht vereinbaren, daß die Erledigung dieser Frage vertagt werde; er reichte Anfang Februar 1908 sein Abschiedsgesuch ein, das Ende Februar 1908 genehmigt wurde. Nach langem Suchen fand sich der bisherige Unterstaatssekretär im Reichspostamt, Sydow, bereit, das nicht begehrte Reichschatzamt anzunehmen; er wurde gleichzeitig zum Mitglied des preußischen Staatsministeriums ernannt.

Die Besoldungsvorlage hat Reichskanzler Fürst Bülow noch am 30. November 1907 in folgenden Worten in Aussicht gestellt: „Die Zusage wegen der Aufbesserung der Beamtengehälter soll eingelöst werden; eine entsprechende Vorlage wird Ihnen baldmöglichst zugehen.“ (62. Sitzung vom 30. November 1907 S. 1938.) Auch diese bestimmte Zusage ist nicht gehalten worden. Der Reichstag hat die Besoldungsvorlage nicht erhalten und die Teuerungszulage hat er erst nach Ostern erledigt. Die Aussicht auf die Verabschiedung der Besoldungsvorlage ist sogar jetzt trüber als vor Jahresfrist wegen der Verkoppelung mit der gesamten Reichsfinanzreform und mit der Herabsetzung der Zuckersteuer.

Die Arbeiten des Reichstags sind nach außen hin unterbrochen worden durch den Streit der Parlamentsberichterstatter, der vom 20.—24. März 1908 dauerte und durch folgende Erklärung des Abg. Gröber sein Ende fand:

„Meine Herren, es ist mir eine persönliche Ehrensache, meinen verehrten Kollegen folgende Erklärung abzugeben:

In der Sitzung des Reichstags vom 19. März hat der Herr Abgeordnete Erzberger in einer Rede über die Kolonialpolitik gesagt:

Der Eingeborene ist auch ein Mensch, ausgestattet mit einer unsterblichen Seele und zu derselben ewigen Bestimmung berufen wie wir.

Nach Anführung dieser Worte hat der, wie ich ausdrücklich hervorheben will, unkorrigierte amtliche stenographische Bericht verzeichnet: „(Unruhe und Zurufe von der Journalistentribüne. — Lebhaftige Entrüstungsrufe aus der Mitte. — Glocke des Präsidenten.)“ An den „lebhaften Entrüstungsrufen in der Mitte“ war auch ich beteiligt. Das Gelächter von der Journalistentribüne her war so auffallend, daß ich mit anderen Kollegen den Eindruck gewonnen habe, es handle sich um eine Verhöhnung des Inhalts der Ausführungen des Redners. Ich muß dem noch hinzufügen, daß ich selbst wenige Tage vorher, nämlich in der Abend-sitzung vom 16. März, durch einen Zuruf von der Journalistentribüne gestört worden bin — einen Zuruf, der dann vom Herrn Präsidenten gerügt worden ist. Der stenographische Bericht über die Sitzung vom 19. März bestätigt, daß solche Störungen von der Journalistentribüne auch sonst wiederholt erfolgt sind. (Sehr richtig!)

Wenn ich, in der Erinnerung an diese Vorgänge der letzten Zeit und angesichts des Ernstes der von dem Redner behandelten Frage meiner Entrüstung über das Gelächter einen unparlamentarischen Ausdruck gegeben habe, so bitte ich um Entschuldigung. (Bravo! in der Mitte)“ (130. Sitzung vom 24. März 1908. S. 4277.)

Der erwähnte „unparlamentarische Ausdruck“ lautete: „Das sind dieselben Saubengels wie neulich“. Er wurde nicht laut gebraucht; weder der Redner noch die in der nächsten Umgebung des Abg. Gröber sitzenden Abgeordneten hatten ihn gehört, auch die Parlamentsberichterstatter nicht. Einer derselben ersuchte vielmehr den freisinnigen Abg. Dr. Müller-Meiningen, im Hause zum Ausdruck zu bringen, daß es sich bei der Störung auf der Journalistentribüne nur um die „Taktlosigkeit eines einzelnen“ gehandelt habe; hierbei aber teilte der Abg. Dr. Müller-Meiningen mit, welchen Zwischenruf

der Abg. Gröber gebraucht habe; er bestritt im Reichstage, daß er hierbei in subjektiver Richtung eine Denunziation begangen habe. Abg. Dr. Müller-Meiningen erklärte nämlich am 30. März 1908: „Wer mir nachsagt — nach dem, was jetzt bereits festgestellt ist, was übereinstimmend auch von dem Preskomitee festgestellt wurde, daß ich Herrn Gröber bei der Presse absichtlich denunziert habe, den erkläre ich für einen Verleumder und Ehrabschneider, und ich bin bereit, das jederzeit auch außerhalb dieses Hauses zu wiederholen.“ (135. Sitzung vom 30. März 1908 S. 4467.) Eine Anzahl Journalisten beschwerte sich hierauf am 19. März 1908 beim Präsidenten über diesen Zwischenruf und forderte Gemugtung. Präsident Graf Stolberg erklärte danach am 19. März 1908: „In den letzten Tagen sind während der Reden einzelner Mitglieder des Hauses Zeichen von Mißfallen von der Journalistentribüne gegeben worden. Ich habe bereits Gelegenheit gehabt, diese Störung der Ordnung zu rügen; ich will aber noch einmal darauf aufmerksam machen, daß ich im Wiederholungsfall genötigt sein würde, diejenigen Tribünen, von denen solche Störungen ausgehen, räumen zu lassen. Wenn ein Mitglied des Hauses gegenüber solchen Störungen einen von mir übrigens nicht gehörten unparlamentarischen Ausdruck gebraucht hat, so bedaure ich das.“ (126. Sitzung vom 19. März 1908 S. 4128.) Da den Journalisten diese Erklärung nicht genügte, verließen sie die Tribüne und stellten die Berichterstattung ein. Der Abg. Gröber war bereit, sein Bedauern auszusprechen, falls die Journalisten sich zuerst ob der Störung und Verletzung des religiösen Gefühls der Zentrumsabgeordneten entschuldigen; aber die Journalisten lehnten dies ab, worauf mit ihnen nicht weiter verhandelt wurde. Als der Abg. Gröber seine Erklärung an die „verehrten Kollegen“ gerichtet hatte, hoben die Berichtersteller die „Sperr“ auf. Die Zentrumsblätter hatten sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen, da sie eine Beleidigung des gesamten Standes in dem „unparlamentarischen Ausdruck“ nicht erblicken konnten. Bemerkenswert war die Haltung des Reichskanzlers in diesem Pressestreit; einer seiner Vertrauten hatte mit einem alldeutschen Journalisten verabredet, daß die streifenden Berichtersteller dem Reichskanzler mitteilen sollten, daß sie auch über seine Reden nicht berichten würden; darauf sollte der Reichskanzler in einem Schreiben den streifenden Journalisten seine Sympathie aussprechen. Der Briefwechsel war schon im Konzept fertig; aber die Versammlung der Parlamentsberichtersteller verwarf diesen Vorschlag; der Vertraute des Reichskanzlers hat hierauf in der Versammlung seine Konzepte zerrissen. Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß das ganze Vorkommnis nur deshalb diese Wendung annahm, weil man glaubte, dem Zentrum schaden zu können.

§ 2. Die Stellung der Parteien.

„Im Mittelpunkt unserer inneren Lage steht der Block“; so begann Reichkanzler Fürst Bülow am 30. November 1907 seine Blockrede in der Generaldebatte zum Etat (62. Sitzung vom 30. November 1907 S. 1935). Daran aber knüpfte er folgende Mahnung an den Block, dem nahe Gefahren drohten:

„Wir müssen uns, wie ich meine, vor allem darüber klar werden, was möglich ist und was nicht möglich ist, was die Blockpolitik soll und was sie nicht soll. Es kann natürlich nicht die Rede davon sein, daß die Konservativen plötzlich liberal oder die Liberalen über Nacht konservativ werden sollen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Konservative und liberale Grundsätze dürfen weder von der einen noch von der andern Seite ignoriert werden; konservative und liberale Weltanschauungen dürfen nicht willkürlich untereinander gemischt und durcheinandergeschüttelt werden. (Sehr richtig!) Es müssen also solche Fragen zurückgestellt werden (lebhaftes Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten), über welche eine Verständigung in absehbarer Zeit nicht möglich erscheint. (Sehr richtig!) Es muß überhaupt vorsichtig operiert werden, namentlich im Anfang. Die Blockpolitik läßt sich auch nicht ohne weiteres und nicht mit starrem Doktrinarismus vom Reich auf Preußen übertragen. (Sehr wahr! rechts.) Es läßt sich aber sehr wohl in Preußen so regieren, daß der Block im Reich nicht gesprengt wird, und es läßt sich im Reich so Blockpolitik machen, daß in Preußen nicht unüberbrückbare Gegensätze entstehen. (Rufe von den Sozialdemokraten: Wahlrecht!)

Die Blockparteien können auch weiter zusammenhalten, wenn sie sich ihrer Verantwortung vor dem Lande bewußt bleiben, wenn sie sich klar machen, daß sie jetzt Wichtigeres zu tun haben, als sich untereinander zu streiten, wenn sie sich vor allem klar machen, wie sehr ihr Auseinandergehen sie selbst und das Land schädigen würde. (Sehr richtig!) Die Blockparteien können in den großen Fragen zusammenhalten, von denen Wohl und Wehe des Landes abhängt, und sich doch die Freiheit wahren, in grundsätzlichen Fragen jede ihren eigenen Weg gehen. Der Block ist nicht so gemeint, daß er auch in untergeordneteren Fragen immer einheitlich zu stimmen hätte.“ (62. Sitzung vom 30. November 1907. S. 1936.)

Bei dieser väterlichen Ermahnung an den Block aber konnte der Reichkanzler nicht umhin, dem ausgeschalteten Zentrum folgendes Lob zu spenden:

„Gerade das Beispiel — das nachahmenswerte Beispiel der Zentrumspartei beweist uns ja, daß es sehr wohl möglich ist, auch tieferegehende Divergenzen auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete auszugleichen, wenn nur Zweckbewußtsein und Selbstbeherrschung die Oberhand gewinnen. Das Zentrum bleibt zusammen, weil es sich immer wieder auf der mittleren Linie findet, wo auch einander ursprünglich fernestehende Richtungen sich in gemeinsamer Arbeit und Betätigung begegnen können.“ (62. Sitzung vom 30. November 1907. S. 1935.)

Der Reichkanzler hat aber bei diesem Hinweise eines vergessen, daß das Zentrum eine gemeinschaftliche christliche Weltanschauung hat, auf welcher sich alle Meinungsverschiedenheiten ausgleichen lassen. Dem Block aber fehlt gerade diese feste Grundlage; denn seine Basis ist nur die Abneigung gegen das Zentrum, und am Ende der Session die Gemeinsamkeit des politischen Schuldbewußtseins, seine politischen Grundsätze verleugnet zu haben.

Dem Bloß steht im Reichstage kein Antibloß oder Gegenbloß gegenüber, auch keine einheitliche oder geschlossene Opposition. Das Zentrum insbesondere hat auch nicht bezüglich eines einzigen Gesetzes irgend welche Abmachungen mit den Polen oder Sozialdemokraten getroffen; es ging vielmehr stets seinen eigenen Weg, gemäß seinen Parteigrundsätzen, die es jetzt mit allem Nachdruck betonen konnte. Wenn die Gegner des Zentrums diesem vorwerfen, daß es wiederholt mit der Sozialdemokratie gegangen sei, so ist das unwahr. Wer im Reichstage eine Regierungsvorlage ablehnt, findet fast immer die Sozialdemokratie auf demselben Boden; viel bemerkenswerter aber ist, daß bei der zweiten Lesung des Börsengesetzes am 7. April 1908 Konservative und Sozialdemokraten für die größere Freiheit des Getreideterminhandels gestimmt hatten.

Warum sprach aber trotzdem Fürst Bülow am 30. November 1907 so eindringlich von den „Gefahren, die dem Bloße drohen“? Er hatte doch den ganzen Sommer über alle Führer des Blocks zu sich nach Rorderney geladen; in den offiziellen Blättern las man, daß das Resultat der Verhandlungen ein sehr befriedigendes gewesen sei. Und doch stimmte es nicht. Im November 1907 drohten dem Bloße Gefahren von links her und zwar aus der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei. Bei der ersten Lesung des Etats kam dies sehr deutlich zum Ausdruck; die Redner der Rechten, der Nationalliberalen und der Freisinnigen Volkspartei waren ganz bloßfreundlich. Aber der Abg. Schrader von der Freisinnigen Vereinigung erklärte:

„Wir wissen genau, was wir von uns zu halten haben, welche Politik wir miteinander machen können, und welche Politik wir gegeneinander zu machen haben. . . . Das, meine Herren, ist nun das, was der Herr Reichskanzler uns als seine Politik vorstellt. Nun scheint er zu erwarten, daß wir seine Politik in der Weise mitmachen, daß wir nunmehr auch alles, was unsere politischen Ziele sind, sofern es mit den seinigen nicht übereinstimmt, einpacken. Ja, meine Herren, das können wir doch nicht. (Sehr wahr! links.) Die Ziele, die wir uns gesetzt haben, sind nicht etwa zufällige, sind nicht etwa ganz vor kurzem entstanden, das sind Ziele, die wir seit langer Zeit verfolgen, seit viel längerer Zeit, als der Herr Reichskanzler mit unserer Politik etwas zu tun hat.“ (63. Sitzung vom 2. Dez. 1907. S. 1953.)

Der Abg. Schrader hielt es freilich „für unmöglich, zwei verschiedene Sorten von Politik zu treiben. Es ist auf die Dauer nicht möglich, daß seitens der Reichsregierung sozusagen eine liberale Politik getrieben wird und in Preußen eine entgegengesetzte.“ (63. Sitzung vom 2. Dezember 1907 S. 1953.) Noch kühler stand damals der Abg. von Payer dem Bloße gegenüber; er meinte angesichts der Bloßrede des Reichskanzlers:

„Was können denn eigentlich die Herren auf der Rechten noch Besseres und weiteres verlangen als die Fortdauer des bestehenden Zustandes? Wirtschaftlich haben sie alles, politisch haben sie sehr viel, und die sind viel zu vernünftig, um nicht auch ihrerseits einzusehen, daß die innere Entwicklung des Deutschen Reichs

sich in der nächsten Zukunft in fortschreitender Richtung bewegen muß, mit oder ohne Bloß, und nicht in reaktionärer. Es kostet sie daher keine Mühe, diejenigen unter ihnen, welche etwa noch daran denken könnten, ostentativ reaktionäre Neigungen zu zeigen, zur Ruhe zu verweisen, und es kostet sie kaum ein Opfer, liberalen Konzessionen zuzustimmen, von denen sie so gut wie wir wissen, daß dieselben — mit oder ohne Bloß — in den nächsten Jahren oder Monaten ohnedies kommen, weil sie einmal auf dem Marsche sind und nicht mehr aufgehalten werden können. (Sehr gut! links.) Die rechte Hälfte des Bloßes vertritt also die Satten. (Sehr gut! links.) Wie steht dagegen der Liberalismus, der Fortschritt im Bloß da? (Zuruf aus der Mitte: Die Hungrigen! — Heiterkeit.) (63. Sitzung vom 2. Dezember 1907. S. 1963.)

Herr von Payer bestätigte, daß die Linke den „politisch Hungrigen“ darstelle; er sagte zwar dem Bloße die fernere Unterstützung zu; „aber — wollen wir hinzufügen — unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß wir für die Einschränkung in der Ausübung unserer naturgemäßen Taktik entschädigt werden dadurch, daß über das hinaus, was uns an liberalen Forderungen in der nächsten Zeit überhaupt nicht vorenthalten werden kann, uns noch Konzessionen in der politischen Richtung gemacht werden, die zu vertreten wir uns zur Aufgabe gestellt haben.“ (63. Sitzung vom 2. Dezember 1907 S. 1963). Ja Herr von Payer schloß seine Rede mit dem Satze: „Wenn es der Herr Reichskanzler mit dem Bloß gut meint, dann muß er ihn erheblich weiter nach links steuern als bisher.“ (S. 1965.) Das ist nun freilich gar nicht eingetreten; wohl aber standen die „politisch Hungrigen“ am Ende der Session erheblich mehr rechts. Die politischen Konzessionen, die man Anfang Dezember 1907 gefordert hatte, erschienen nicht; wohl aber erklärte derselbe Herr von Payer in der zweiten Lesung des Vereinsgesetzes:

„Wir haben nicht die Absicht, diesen Entwurf in letzter Stunde deshalb scheitern zu lassen, weil er keine vollkommene Schöpfung ist, und weil er, wie wir nicht verkennen, auch eine Reihe von Fehlern enthält. Wir haben nicht die Absicht, deshalb unsere Organisation, was unausbleiblich wäre, auseinanderfallen zu lassen. Wir wollen auf der Bahn weitergehen, auf der wir uns bisher bewegt haben, und deshalb wollen wir den verbündeten Regierungen weder einen Grund noch einen Vorwand geben, uns auszuscheiden mit der Begründung, daß man uns, weil in uns selbst nicht einig und zu gemeinsamer Tätigkeit nicht entschlossen, zurückstellen und auf die Seite schieben müsse zugunsten anderer, welche zur Mitwirkung entschlossen sind.“ (140. Sitzung vom 4. April 1908. S. 4659.)

Statt der erhofften liberalen Konzessionen findet man jetzt ein Nachgeben nach rechts, an die „politisch Satten“. Die Aufgabe der Prinzipien aber wurde von demselben Redner in folgender Weise zu rechtfertigen gesucht:

„Jeder von uns, der im politischen Leben praktisch tätig ist, weiß, daß bei jedem von Zeit zu Zeit die Stunde wiederkommt, in der er sich sagen muß, daß die mechanische oder, sagen Sie meinen halben: die rein logische Durchführung eines bestimmten Programm-

sages bis ins kleinste Detail und bis in die allerletzte Konsequenz hinein zu Erscheinungen und Resultaten führen muß, die einfach unerträglich sind. Man kommt auf diesem Wege hier und da an einem Punkte an, wo man sich sagen muß, daß man der Sache, der man dient, und der man nützen will, nur schadet, wenn man zu einseitig ist.“ (140. Sitzung vom 4. April 1908 S. 4659.)

Nur dieser vollständige Frontwechsel der Linksliberalen hat es ermöglicht, daß Reichsvereinsgesetz und Börsengesetz angenommen worden sind.

Wenn also zu Beginn der Session die Aussichten des Blocks nicht sehr günstige waren, so sind sie in der Generaldebatte zum Etat recht erheblich verschlechtert worden. Die Nationalliberalen gaben den ersten Anstoß dazu, indem ihr Redner die Forderung nach direkten Reichssteuern stark betonte, auch die Fälle Gädte und Lieb-knecht nicht nach dem Geschmack der Konservativen behandelte; das rief zuerst den preußischen Finanzminister von Rheinbaben zu einer sehr temperamentvollen Rede auf den Plan; er polemisierte mit auffallender Schärfe gegen den Abg. Bassermann und die von diesem gewünschte Reichsvermögenssteuer, auch gegen die von den Nationalliberalen geforderte Wehrsteuer; er bezeichnete die Nationalliberalen indirekt als „Schrittmacher der Sozialdemokratie“. Noch schärfer ging am 3. Dezember 1907 der konservative Abg. Areth vor, indem er gegen den Abg. Bassermann polemisierte; nun kam der freisinnige Abg. Goßwein zu Wort, der die Ausführungen seines Blockbruders als die „Rede eines Detailreisenden in politischen Korinthien“ bezeichnete (64. Sitzung vom 3. Dez. 1907 S. 1998); er ging auch sonst nicht sanft mit den Konservativen um und meinte weiter in bezug auf das Vereinsgesetz:

„Dieses Sprachenverbot ist für uns nicht annehmbar, und besteht der Herr Reichskanzler auf dieser Polenpolitik im Reiche, so hat er selbst den Keil in den Block getrieben. Wir wollen diese Politik nicht mitmachen aus dem einfachen Grunde, weil wir überzeugt sind, daß sie nichts schafft als eine maßlose Verbitterung und ein zweites Irland in unserem deutschen Vaterlande.“ (64. Sitzung vom 3. Dezember 1907 S. 1991).

Dem Reichskanzler aber hielt er entgegen:

„Ich kann nur sagen, der Herr Reichskanzler, der ja die Manen Ahlands heraufbeschworen hat, der diesen großen Dichter und warmherzigen Politiker aus hier vorgeführt hat, er sollte ihn doch etwas eifriger studieren. Wenn Ahland heute unter uns säße, er würde von der bisherigen Blockpolitik, wie sie von seiten der Regierung gehandhabt wird, das Wort brauchen, das er in einem seiner Gedichte ausgesprochen hat: „Das Wappen ist die Schnede, Schildhalter ist der Areth.“ (S. 2007.)

Der Konflikt wuchs so immer mehr; der nationalliberale Abg. Dr. Paasche brachte nun die Differenzen auf den Höhepunkt, indem er die Angriffe auf den Abg. Bassermann scharf abwehrte und dann die Offiziersaffäre in Potsdam hereinzog mit der Mitteilung, daß der Kriegsminister nicht genügend unterrichtet gewesen sei und nun seinerseits sensationelle Mitteilungen machte. Der Kriegsminister fehlte während dieses Angriffes.

In dieser verworrenen Situation griff Fürst Bülow ein und kündigte eine Reichskanzlerkrisis an; am 4. Dezember 1907 fuhr er im Reichstage vor und stellte sein Entlassungsgesuch in Aussicht, falls die Blockparteien unter sich nicht mehr Einigkeit hielten und auch Angriffe auf die Regierung nicht unterlassen würden. Kaum hatte Kriegsminister von Einem im Reichstage auf die Angriffe des Abg. Dr. Paasche geantwortet, als — nach halbstündiger Dauer der Sitzung — ein Antrag der Blockparteien auf sofortige Vertagung einlief. Dieser Antrag wurde gar nicht begründet, weshalb u. a. der Abg. Dr. Spahn nach den Gründen der Vertagung fragte. Nun erwiderte der Abg. Dr. Wiemer:

„Zu Beginn der Sitzung sind den Mitgliedern des Hauses, die den Antrag unterzeichnet haben, mir allerdings erst später, Mitteilungen zugegangen über wichtige politische Vorgänge. (Große Unruhe.) Darüber wird Ihnen ja auch noch Kenntnis zugehen. Es ist das Recht jedes Mitgliedes, eine Vertagung zu beantragen.“ (65. Sitzung vom 4. Dezember 1908. S. 2028.)

Im schärfsten Gegensatz zu dieser Mitteilung stand die Bemerkung des Abg. Bassermann:

„Im übrigen, meine Herren, ist von einer Geheimnisträmerie gar keine Rede. Die Sache liegt einfach so: Meine politischen Freunde und außer meinen Fraktionsgenossen alle diejenigen, die den Vertagungsantrag mit unterschrieben haben, erachten den gegenwärtigen Moment und die Erklärung des Herrn Kriegsministers für so bedeutungsvoll, daß wir wünschen, daß zunächst die weitere Beratung ausgesetzt wird, vor allem auch aus dem Gesichtspunkte, den der Herr Abgeordnete Bebel hervorgehoben hat, weil wir den Wortlaut der Erklärung haben und in der Fraktion besprechen wollen.“ (S. 2028.)

Abg. Gröber stellte sofort diesen Widerspruch fest; von anderer Seite wurde mit Recht von einer „Kamarilla des Parlaments“ gesprochen und betont: „In loyaler Weise ist bisher im Parlament für diese Dinge der Seniorenkonvent in Anspruch genommen worden und nicht ein Privatkonvent des Fürsten Bülow.“ (S. 2029.) Mit 169 Stimmen des Blocks gegen 134 Stimmen wurde die Vertagung beschlossen. An demselben Abende noch einigte man sich in den verschiedenen Fraktionen des Blocks, dem Reichskanzler eine Vertrauensfundgebung zu erteilen. Am 5. Dezember 1907 fand dann im Reichstage der „Widerspenstigen Zähmung“ statt, durch welche jeder Opposition in der Mehrheit das Rückgrat gebrochen wurde. Der Reichskanzler hatte es verstanden, sich durch einen kühnen Schachzug zum Herrn der Situation zu machen. Bei der Wichtigkeit des gesamten Vorfalles geben wir ihn nach dem stenographischen Bericht wieder:

b. Normann, Abgeordneter (konservativ): Meine Herren, in bezug auf die gestern Abend in der Presse erschienenen Artikel über unsere innerpolitische Lage habe ich im Namen meiner politischen Freunde folgende Erklärung abzugeben.

Wir haben durch unsere Redner im Laufe der Etatsberatung erklären lassen, daß wir entschlossen sind, die Blockpolitik des Reichskanzlers, inso weit es sich mit unseren Grundsätzen verträgt, aufrichtig und ehrlich mitzumachen. Wir sind auch ferner gewillt, in diesem Sinne innerhalb der aus den Wahlen hervorgegangenen Mehrheit zu arbeiten, und erklären, daß sich in unserer vertrauensvollen Stellung zu der Politik des Herrn Reichskanzlers und in unserem Verhältnis zum Bloch nichts geändert hat. (Bravo! rechts und links.)

Ich bin weiter ermächtigt, zu erklären, daß sich die Fraktionen der Reichspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Reformpartei voll unserem Standpunkte anschließen. (Lebhaftes Bravo rechts und links.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Bassermann hat das Wort.

Bassermann, Abgeordneter (nationalliberal): Meine Herren, im Auftrage meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben.

Wir erkennen in dem Zusammenwirken der konservativen und liberalen Fraktionen nach wie vor eine politische Notwendigkeit. Wir vertrauen, daß der Herr Reichskanzler diese durch die Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906 eingeleitete und bei den Neuwahlen durch das Volk als richtig befundene Politik im nationalen Interesse weiterführen wird (Bravo! links; stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten und in der Mitte), und sind bereit, ihn darin zu unterstützen.

Ich habe dieser Erklärung noch beizufügen: auf die Erörterungen zwischen dem Herrn Kriegsminister und meinem Freunde Paasche komme ich nicht zurück. Herr Paasche wird das in seinen Händen befindliche Material zur Verfügung des Herrn Kriegsministers stellen. Wie Herr Dr. Paasche gestern schon ausgeführt hat, hat derselbe nicht beabsichtigt, dem Herrn Kriegsminister persönlich zu nahe zu treten. (Heiterkeit in der Mitte.) Diese Erklärung zu wiederholen bin ich beauftragt, unter Hinzufügung, daß wir unbeschadet sachlicher Kritik in einzelnen Fällen in langjährigem Zusammenwirken mit dem Herrn Kriegsminister volles Vertrauen zu seiner Person wie zu seiner Verwaltung gewonnen haben. (Bravo! rechts und links. Heiterkeit in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Wiemer hat das Wort.

Dr. Wiemer, Abgeordneter (Freisinnige Volkspartei): Für die linksliberale Fraktionsgemeinschaft, der die Freisinnige Volkspartei, die Freisinnige Vereinigung und die Deutsche Volkspartei angehören, habe ich zu erklären, daß wir einmütig gewillt sind, getreu unserer bisherigen, aus sachlichen Gründen beobachteten Haltung die Blockpolitik weiter zu unterstützen (lebhafter Beifall links), unter Wahrung unserer politischen Grundsätze (anhaltendes Gelächter bei den Sozialdemokraten und in der Mitte) — unter Wahrung unserer politischen Grundsätze — (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten und in der Mitte. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Dr. Wiemer, Abgeordneter: — in dem Bestreben, durch unsere Mitwirkung Fortschritte in der Richtung unserer Anschauungen zu erreichen zum Besten des Vaterlandes. (Lebhafter Beifall links und rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gröber. (Zuruf des Abgeordneten Bebel: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.) — Ich habe dem Herrn Abgeordneten Gröber das Wort gegeben.

Gröber, Abgeordneter (Zentrum): Meine Herren, auf die vorausgegangenen Erklärungen der Blochführer gegenüber dem Herrn Reichskanzler möchte ich eine ganz kurze Bemerkung machen:

Und der Hans küßt die Grete, und 's ist alles wieder gut. (Stürmische Heiterkeit.) Unter diesen Umständen der Liebenden Unterhaltung zu

stören betrachte ich nicht als unsere Aufgabe. Ich verzichte deshalb auf das Wort. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.)

(66. Sitzung vom 5. Dezember 1908. S. 2033 u. 2034.)

Als bald beantragte der Bloß Schluß der Generaldebatte zum Etat, nachdem diese „Rüttelzine“ vorüber war. Der Reichskanzler hatte sein Vertrauensvotum; die Kanzlerkrisis war erledigt. Seither hat auch keine der Bloßparteien mehr einen Angriff auf die Regierung unternommen, selbst nach der Absage auf die Reform des Landtagswahlrechts nicht. So wurde der Boden für die beiden Kompromisse beim Vereinsgesetz und Börsengesetz vorbereitet, die dann auch Ende März zustande kamen. Das Nähere über dieselben findet sich später bei den einzelnen Abschnitten. Durch diese Kompromisse ist der Bloß mehr befestigt als früher, so daß auch am 8. April 1908 der reichsparteiliche Abg. Fürst zu Hatzfeldt der Hoffnung Ausdruck verleihen konnte: „Nachdem es aber gelungen ist, auf diesem Gebiete positive Arbeit zu schaffen, wachsen die Chancen dafür, daß auch auf anderen Gebieten Positives geschafft werden wird, und es gewinnt an Boden, daß im nächsten Winter — vielleicht sogar mit einer noch viel größeren Majorität — ein unendlich wichtigeres Gesetz glücklich zuwege gebracht werden wird.“ (143. Sitzung vom 8. April 1908 S. 4800.) Nur so verstohlen kamen noch ab und zu die liberalen Wünsche zum Ausdruck; z. B. vom Abg. von Payer am 22. Januar 1908:

„Der Herr Reichskanzler hat einen bösen Tag gehabt, als er die unglückliche Erklärung in ihrem unglücklichen Wortlaut im preussischen Abgeordnetenhaus abgegeben hat. Gewiß hat der Herr Reichskanzler niemandem einen Wechsel auf ein liberales preussisches Wahlrecht ausgestellt; aber er hat durch seine allgemeinen Erklärungen über seine Stellung gegenüber liberalen Forderungen überhaupt jedenfalls das bewirkt, daß die Leute wenigstens das erwartet haben, was auch ohne jede Erklärung seinerseits ganz einfach im normalen Gange einer jeden fortschrittlichen Entwicklung in Preußen ohnedies nicht mehr länger hätte ausbleiben können, nämlich die Konzessionierung der geheimen Abstimmung. Daß er auch das der Bevölkerung vorenthalten will, war ein Fehler, der in den weitesten Kreisen, soweit ich die Dinge verfolgen kann, das, was er an Vertrauen in der letzten Zeit gewonnen hat, vielfach direkt ins Gegenteil verkehrt hat, das können wir uns allerdings nicht verhehlen, daß unser Interesse an der Fortführung dieser Politik ein recht kleines geworden ist. Die längst gebotene Klärung der Lage ist nun durch die viel besprochene Erklärung des Herrn Reichskanzlers endlich eingetreten. Wir unsererseits werden das, was wir aus dieser Erklärung gelernt haben, künftig bei jeder einzelnen Entscheidung mit in die Waagschale zu legen haben.“

(86. Sitzung vom 22. Januar 1908. S. 2655.)

Doch gar rasch ist auch dieser Faustschlag in das Gesicht der freisinnigen Wahlrechtsforderung vergessen worden; man söhnte sich beim intimen Diner wieder aus. Am 24. März 1908 fand zwar auch der Abg. Naumann noch, daß der „10. Januar rückichtslos gewesen sei und von Vertrauen darum sehr wenig entstehen konnte.“ (130. Sitzung vom 24. März 1908 S. 4274.) Aber es waren nur Worte und die Taten lauteten anders. Wenn auch ein freisinniger

Abgeordneter meinte, schrieb oder telegraphierte: „Heraus aus dem Bloß!“ so blieb man nicht nur drin, sondern zeigte seit der Kanzlerfrisis eine Nachgiebigkeit, die auf politische Knochenweichung schließen läßt; und das links und rechts, wie allein folgende Gegenüberstellung zeigt:

Erste Lesung in der Kommission.

Bereinsgesetz: Freisinn, Zentrum und Sozialdemokraten, teilweise auch die Nationalliberalen, bemühen sich um ein freiheitliches Gesetz und lehnen alle konservativen Anträge ab.

Börsengesetz: Rechte und Zentrum wollen die Schutzbestimmungen des alten Gesetzes von 1896 aufrechterhalten und sie noch erhöhen; alle freisinnigen Anträge werden abgelehnt.

Zweite Beratung in der Kommission:

Bereinsgesetz: Die konservativen Anträge werden von den Liberalen angenommen, das Gesetz wird erheblich verschlechtert, zwei Ausnahmegeetze werden angenommen.

Börsengesetz: Die Konservativen geben die Beschlüsse der ersten Lesung bis auf untergeordnete Punkte preis; die liberalen Anträge werden von ihnen angenommen.

Beratung im Plenum: An den zwischen beiden Teilen abgeschlossenen Kompromissen wird unbedingt festgehalten.

§ 3. Die Stellung des Zentrums.

Die Mandatsstärke des Zentrums ist dieselbe geblieben wie im Vorjahr: 105; der Abg. Burlage schied aus infolge seiner Beförderung zum Reichsgerichtsrat; an seine Stelle trat der Abg. Graf von Galen. Abg. Dasbach starb an einem sehr schmerzhaften Leiden; sein Mandat erhielt Erbprinz Alois von Löwenstein; damit hat die Fraktion die Träger von zwei Namen mit gutem Klang in der Zentrumspartei erhalten.

Das Zentrum arbeitete in dem verflossenen Sessionsabschnitt in ruhiger und sachlicher Weise mit; die Politik der Verärgerung und des Trostes kannte es nicht. Jede Vorlage wurde nur auf ihren sachlichen Inhalt geprüft; stimmte dieser mit den Grundätzen der Zentrumspartei überein, so nahm das Zentrum dieselbe an (z. B. Flottenvorlage), nahm der Entwurf eine Gestalt an, die den Ansichten des Zentrums widersprach, so lehnte es denselben ab (z. H. Herabsetzung der Zuckersteuer, Börsengesetz, Vereinsgesetz). Die größte Genugtuung aber wurde dem Zentrum bereitet auf dem Gebiete der Kolonialpolitik, so daß der Abg. Erzberger am 19. März 1908 ausführen konnte:

„Warum aber, frage ich, nun diese, doch für den Fernerstehenden etwas überraschende Uebereinstimmung zwischen den Darlegungen der Zentrumsfraktion und dem Programm, das der Herr Staatssekretär in der Budgetkommission wie hier im hohen Hause vertreten hat? Das kann man gewiß nicht darauf zurückführen, als ob etwa die Zentrumsparlei nun ihre politischen Ansichten auf dem Gebiete der Kolonialpolitik geändert hätte. Wir sind die Alten geblieben; man kann also diese Uebereinstimmung in vielen Punkten lediglich auf den Umstand zurückführen, daß der Herr Staatssekretär sich in manchen Punkten unsere Anschauung zu eigen gemacht hat. (Sehr richtig! rechts.) — Der Herr Kollege Dr. Arend ruft: sehr richtig. Ich freue mich ja, wenn Sie das bestätigen.“

(126. Sitzung vom 19. März 1908. S. 4093.)

Das Zentrum soll angeblich ausgeschaltet sein; Tatsache ist nur, daß es an den geheimen Abmachungen der Blockparteien und an den intimen Diners beim Fürsten Bülow nicht teilnimmt.

Seine Stellung gegenüber dem Reichskanzler ist dieselbe geblieben, auch nach dem erfolglosen Besuch des Fürsten Bülow im Vatikan; kein Zentrumsabgeordneter, der nicht im Vorstande des Parlamentes sitzt, hat beim Reichskanzler seine Karte abgegeben. Aber das angeblich ausgeschaltete Zentrum hat doch manche Erfolge errungen; so sind seine sämtlichen sozialpolitischen Anträge angenommen worden, es hat auch an allen Gesetzen eifrig mitgearbeitet, und wie wir sehen werden, manches erreicht. Selbst auf die Gestaltung der Blockgesetze hat es recht erheblich eingewirkt, so daß in bezug auf das Vereinsgesetz der Abg. Gröber am 8. April 1908 konstatieren konnte:

Der Kleinarbeit der Kommissionsberatungen ist es — was wir gern anerkennen — in einzelnen Fällen gelungen, Erleichterungen gegenüber der Regierungsvorlage durchzusetzen. Die Freisinnigen rühmen sich dieser Fortschritte der Kommissionsbeschlüsse und der mit ihnen wörtlich übereinstimmenden Plenarbeschlüsse zweiter Lesung. Möge es mir gestattet sein, daran zu erinnern, daß alle diese, leider nicht genügenden Fortschritte in einzelnen Fragen auf Beschlüssen der Kommission in erster Lesung beruhen und dem Zusammenstimmen von Freisinn, Zentrum, Polen und Sozialdemokraten zu danken sind. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte.) Diese Fortschritte in Einzelfragen mußten gegenüber den rechts stehenden Parteien erkämpft werden, und sie konnten nur in der Zusammenarbeit mit dem angeblich ausgeschalteten Zentrum erkämpft werden.

(143. Sitzung vom 8. April 1908. S. 4789.)

Was aber den Schutz der Landwirtschaft und des Mittelstandes beim Börsengesetz betrifft, konnte der Abg. Herold am 7. April 1908 feststellen:

„Aber wenn jetzt dieses Gesetz in dieser Form zustande kommt, dann möchte ich doch betonen, daß Sie auf der Rechten ohne das Zentrum das Gesetz so, wie es ist, nicht erreicht hätten; daß, wenn auch das Zentrum in der zweiten Lesung nicht positiv mitgewirkt hat, es nur dem Zentrum zu verdanken ist, wenn das Gesetz noch so gut oder nicht noch schlechter geworden ist, als es uns jetzt vorliegt (sehr richtig! in der Mitte), daß Sie überhaupt auf wirtschaftlichem Gebiete nie etwas erreichen können, wenn die Zentrumsparlei nicht vorhanden wäre. (Sehr richtig! in der Mitte.) Und wenn beim Vereinsgesetz das Zentrum dahin gewirkt hat, daß das Gesetz noch so liberal geworden ist, wie es gestaltet ist, daß die Rechte und Regierung in Rücksicht auf die Zentrumsparlei mehr nachgeben mußte,

so liegt es hier umgekehrt; aber das Zentrum hat wieder ganz wesentlichen Einfluß geübt auf die Gestaltung des Gesetzes.“

(142. Sitzung vom 7. April 1908. S. 4775.)

Diese positive Arbeit des Zentrums kommt manchem seiner Gegner ungelegen; diese hätten eine blinde Opposition lieber gesehen. Das Zentrum verfolgt auch heute nur dieselbe Politik, die es jederzeit vertreten kann, wenn es wieder an verantwortlicher Stelle mitarbeiten wird. Es kennt aber auch die Kunst des Wartens, wie es sich schon im Kulturkampf gezeigt hat; nichts wäre dem Zentrum unangenehmer, als wenn es zu früh zur Mehrheitsbildung wieder gerufen würde. Erst muß der ganze konfessionelle Haß der letzten Wahlbewegung abgelaßt sein, erst muß der gesamte Paarungsgedanke Schiffbruch gelitten haben, dann erst ist seine Zeit gekommen, um eine staatserkhaltende, christliche, volkstümliche und gerechte Politik zu unterstützen.

